

WEITBLICK



ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK

4/2011

INTERNATIONALE KLIMAPOLITIK

Das Auge des Sturms. Sonderbericht des Weltklimarats zu Extremereignissen. Seite 2

Interview mit Tasneem Essop, WWF Südafrika. Seite 3

EU-Krise als Chance für den Umbau zu einer grünen Gesellschaft. Seite 4

EDITORIAL



Klaus Milke
Vorstandsvorsitzender
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

welche Krise ist ernst zu nehmen: die EU- und Finanzkrise oder die globale Klimaerwärmung? Die Antwort sollten wir uns nicht zu leicht machen, zumal beide Herausforderungen hoch komplex und für normale Menschen kaum noch nachvollziehbar sind.

Die soeben veröffentlichten Zahlen über den Anstieg der CO₂-Emissionen im Jahr 2010 um sechs Prozent machen deutlich, dass es höchst fahrlässig wäre, nur auf Griechenland und die Überschuldung von Euro-Staaten zu starren. Der UN-Klimagipfel in Südafrika macht überdeutlich: Es muss dringend etwas auf internationaler Ebene passieren, sonst werden wir den bedrohlichen Wachstumstrend bei den Treibhausgasen nicht rechtzeitig umkehren.

Mit einer Investitionsoffensive für Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und die notwendigen Stromnetze auf der Basis eines grünen Marshallplans können für beide Krisen zugleich neue, ermutigende Lösungen aufgezeigt werden. Wenn sogar Deutsche-Bank-Vorstand Josef Ackermann anregt, neben der Entschuldung für Griechenland einen Marshallplan aufzulegen, können wir mit solchen Überlegungen ja nicht ganz falsch liegen.

Es grüßt und wünscht einen guten Durchblick

Ihr Klaus Milke

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Pa Ousman Jarju
Vorsitzender der Staatengruppe der „am wenigsten entwickelten Länder“ (LDC) bei der Klimarahmenkonvention

„Der Klimawandel bringt vielfältige Herausforderungen für alle Länder. Insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder, die bereits stark von extremen Wetterereignissen und Klimaschwankungen betroffen sind. Der Klimagipfel in Durban muss deshalb zu einem ehrgeizigen und ausgewogenen Ergebnis führen, das vor allem jenen ausreichend finanzielle Unterstützung gewährt, die zugleich kaum zur Erderwärmung beitragen. Germanwatch spielt eine wichtige Rolle, wenn es um die Anliegen der besonders verletzlichen Entwicklungsländer geht. Dabei engagiert sich Germanwatch gemeinsam mit wichtigen Partnern für ein faires Abkommen zum Klimawandel.“

Aufbruch oder Stagnation? Klimapolitik am Scheideweg

Der Klimagipfel von Durban steht am Ende eines Jahres, das nicht nur wie vorhergehende Jahre auch durch extreme Wetterkatastrophen geprägt wurde, sondern das im Hinblick auf die globale Emissionsentwicklung eine Hiobsbotschaft brachte. Global sind die Emissionen im Jahr 2010 mit ca. sechs Prozent so stark gestiegen wie nie zuvor. Das Wachstum fand vor allem in den von der Wirtschaftskrise nicht betroffenen Schwellenländern statt, allen voran in China.

Beim letztjährigen Klimagipfel in Cancún wurde das Ziel vereinbart, den globalen Temperaturanstieg auf unter 2 °C gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen. Dass die bisher versprochenen Klimaschutzmaßnahmen hierfür bei weitem nicht ausreichen, ist durch viele Studien belegt. Auch die Regierungen streiten nicht ab, dass die versprochenen Maßnahmen eher auf 3 bis 4 °C hindeuten, der reale Emissionstrend sogar auf mehr als 5 °C in diesem Jahrhundert.

Diese Realität bedeutet die Notwendigkeit von mehr Klimaschutz einerseits – und mehr Anpassung an den Klimawandel andererseits. Letzteres gilt nicht zuletzt für den afrikanischen Kontinent. Positiv ist, dass immer mehr Länder Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik gesetzlich verankern. Die deutsche Energiewende ist ein Beispiel. Australien hat vor kurzem einen CO₂-Preis beschlossen, Südafrika verhandelt darüber, mit internationaler Unterstützung massiv die Erneuerbaren Energien auszubauen.

Die Welt ändert sich rapide

Die USA als historischer Hauptverursacher des Klimawandels sehen sich hingegen durch eine massiv angestiegene Verschuldung und Arbeitslosigkeit in einer Situation, in der zuhause aktive Klimapolitik, insbesondere aber Unterstützung für Entwicklungsländer auf der internationalen Ebene, immer schwerer durchzusetzen scheint. Die finanzpolitischen Ungleichgewichte mit China erschweren eine Klimapolitik, bei der von den USA sehr viel umfangreichere Verpflichtungen als von China erwartet werden. Die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise in Teilen der EU stellt auch die grundsätzliche Frage nach der Zukunft der EU. Die Krise droht das Klima- und Energiethema in den Hintergrund zu drängen (s. auch Artikel auf S. 4). Trotz wachsender wirtschaftlicher und politischer Bedeutung der Schwellenländer scheinen diese derzeit noch eher bereit, zuhause im Klimaschutz Akzente zu setzen als international mehr verbindliche Verantwortung zu übernehmen. Zudem sind sie als Gruppe auch sehr divers.

Welche Richtung für die internationale Klimapolitik?

Viele halten den Klimagipfel von Durban bereits für gescheitert, bevor er angefangen hat; doch es gibt noch ein breites Spektrum an möglichen Ergebnissen zwischen Erfolg und Misserfolg. Die internationale Klimapolitik befindet sich aber definitiv an einem Scheideweg. Entweder es gelingt, das Fundament für die zukünftige Klimaarchitektur zu verbreitern und damit die beim letzten Klimagipfel in Cancún gelegte Grundlage für eine klimapolitische Aufwärtsspirale deutlich zu stärken (siehe Grafik rechts). Oder ein multilateraler Ansatz, der sich am global notwendigen Klimaschutz orientiert und von dort ausgehend die Länder in die Pflicht nimmt, wird für Jahre zurückgeworfen.

Zentrale Maßstäbe für einen erfolgreichen Klimagipfel von Durban sind daher:

- **Umsetzung der Beschlüsse von Cancún als Bottom-Up-Ansatz:** In Cancún (2010) wurden eine Reihe wichtiger Prozesse auf den



Wohin wenn alles untergeht? Die verheerenden Überschwemmungen im Oktober 2011 in Thailand machten über 100.000 Menschen obdachlos. Dieser Mann durchquert die Fluten in Pathum Thani, nördlich von Bangkok, mit einem Floß.

Weg gebracht, darunter die Etablierung neuer Institutionen zu Anpassung, Technologiekooperation und Finanzierung. Hier ist insbesondere der Green Climate Fund von Bedeutung. Dessen Struktur wurde in diesem Jahr so weit ausgearbeitet, dass er nächstes Jahr seine Arbeit aufnehmen kann. Dazu muss allerdings die Vertragsstaatenkonferenz das Gründungsdokument noch annehmen.

- Die **finanzielle Unterstützung** für Klima- und Regenwaldschutz und Anpassung in Entwicklungsländern nach 2012 muss ausgebaut und verlässlicher werden, als ein zentrales Element der Dynamisierung für die nächsten Jahre. Nur so kann man erwarten, dass diese Länder ihre eigenen knappen Ressourcen für eine zukunftsfähige Entwicklung mobilisieren. Innovative Finanzierungsinstrumente wie Abgaben/Emissionshandel auf den internationalen Flug- und Schiffsverkehr sind zentral und entsprechende Arbeitsprogramme sollten vorangebracht werden.

- Die **rechtliche Verbindlichkeit, als Kernelement eines Top-Down-Ansatzes**, muss auf ein breiteres Fundament gestellt werden, zum einen durch eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls, zum anderen durch die Vereinbarung, inklusive eines konkreten Fahrplans, bis spätestens 2015 ein rechtlich

verbindliches Abkommen für alle zu verhandeln. Dies wäre ein Schritt deutlich über bisherige Vereinbarungen hinaus. Die EU hat es hier zum großen Teil in der Hand, gemeinsam mit den Schwellenländern den Verhandlungen Rückenwind zu geben.

- Gleichzeitig müssen die Länder ihre **Ambition für eine Dynamisierung der Ziele erhöhen**, durch die Umsetzung konkreter Maßnahmen in ihrem Land, aber auch durch einen gemeinsamen, von der Wissenschaft geleiteten Überprüfungsprozess („Review“). Dem für die Jahre 2013/2014 erwarteten fünften Sachstandsbericht des IPCC kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Aber auch in Vorreiterkoalitionen von Staaten oder anderen wichtigen Akteuren liegt ein großes Potenzial.

Es wird nicht den großen Durchbruch in Durban geben. Es geht eher darum, den Verhandlungsprozess auf Gleise zu setzen, auf denen es in den nächsten Jahren diesen Durchbruch geben kann. Die Vertreter aller Länder sollten sich an einen Ausspruch von Nelson Mandela erinnern:

„Es scheint immer so lange unmöglich, bis es wirklich getan ist.“ Jetzt können wichtige Grundlagen dafür gelegt werden, das „Unmögliche“ in wenigen Jahren möglich zu machen.

Sven Harmeling, Christoph Bals

Die drei Phasen der angestrebten Aufwärtsspirale des internationalen Klimaschutzes

Phase drei: Top-Down-Ansatz

- Nachbesserung der Reduktions- und Finanzziele
- Weitere Aktionspakete werden vereinbart/umgesetzt
- Rechtlich verbindliche Ziele

2014-15

Phase eins: Bottom-Up-Ansatz

- Freiwillige Ziele und Aktionspakete werden formalisiert
- Erste Pakete (Regenwald usw.) werden umgesetzt
- Phase drei wird angelegt

2010-11

Phase zwei: Dynamisierende Elemente

- Erste Pakete sind umgesetzt
- China und EU bewegen sich über Minimalziele hinaus
- Vorreiterkoalitionen bilden sich
- Gemeinsame Anrechnungsregeln und rechtlicher Charakter geklärt
- Langfristfinanzierung gesichert
- Green Economy Roadmaps
- IPCC betont Dringlichkeit und Kosten des Wartens

Anpassung an Klimafolgen ermöglichen

Umsetzung von Projekten unter dem Anpassungsfonds



ADAPTATION FUND

Die Anpassung an den Klimawandel wird von vielen Entwicklungsländern als Bremse für ihre nachholende Entwicklung empfunden, da sie zusätzliche Kosten mit sich bringt. Aufgrund der verheerenden Folgen des Klimawandels ist die Anpassung jedoch häufig für Entwicklungsländer eine Frage des Überlebens. Deshalb sind internationale Fonds zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern unabdingbare Instrumente zur Linderung der Klimabelastung.

Beim Klimagipfel in Marrakesch 2001 wurde der Anpassungsfonds (AF), mittlerweile mit Sitz in Bonn, ins Leben gerufen, um die besonders verletzlichen Entwicklungsländer finanziell bei Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Der AF ist aus Sicht der Entwicklungsländer ein sehr bedeutender, weil er viele innovative Ansätze beinhaltet. Erstens finanziert er die vollen, nicht nur Teilkosten von Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern. Zweitens hat der AF eine eigene internationale Einnahmequelle. Er wird aus Einnahmen des Clean Development Mechanism (CDM) des Kyoto-Protokolls finanziert und ist somit nicht von Zuwendungen oder Krediten der Geberländer abhängig. Bis 2012 kommen so immerhin etwa 350 Millionen US\$ für den AF zusammen. Im Vergleich zum benötigten Investitionsbedarf von jährlich vielen Milliarden in den nächsten Jahrzehnten, ist dies jedoch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Drittens erlaubt der AF Entwicklungsländern, die sich dafür qualifizieren, erstmals einen „direkten Zugang“. Diese erhalten damit die Federführung und Verantwortung bei ihren

Anpassungsprozessen, indem sie ihre einheimischen Einrichtungen stärken und nutzen, anstatt auf multilaterale Institutionen wie die Weltbank oder UNDP angewiesen zu sein. Allerdings sind die Hürden hoch. Die „nationalen Implementierungseinheiten“ der Entwicklungsländer müssen dieselben internationalen Treuhänderstandards erfüllen wie die multilateralen Institutionen.

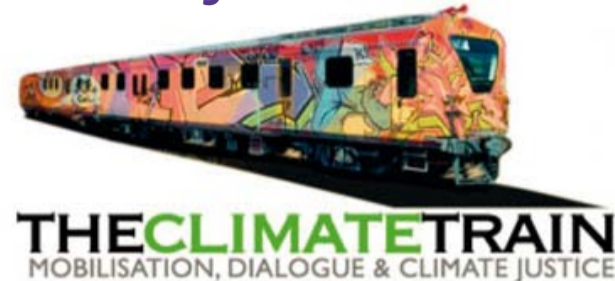
Seit dem Startschuss im Jahr 2010 hat der Fonds deshalb erst sechs nationale Implementierungseinheiten für den direkten Zugang akkreditiert: Senegal, Jamaika, Uruguay, Benin, Südafrika und Belize. Außerdem gingen bislang 46 Projektanträge aus Entwicklungsländern ein. Zehn der Projekte wurden bisher vollständig genehmigt und insgesamt mit einer Summe von 70 Millionen US-Dollar unterstützt. Ein erstes Projekt im Senegal wird jetzt über den neu geschaffenen direkten Zugang umgesetzt. Die genehmigten Projekte decken unterschiedliche Anpassungsfelder wie z. B. Ernährungssicherheit, Wasserversorgung oder Küstenschutz gegen Meeresspiegelanstieg ab.

Germanwatch unterstützt die Zivilgesellschaft in vier Ländern – Senegal, Jamaika, Honduras und Benin – darin, diese entscheidende Umsetzungsphase in ihren Ländern kritisch und konstruktiv zu begleiten. Das von der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) des Bundesumweltministeriums finanzierte Projekt soll sicherstellen, dass die Bedürfnisse der besonders verletzlichen Menschen in der Projektumsetzung berücksichtigt werden.

Alpha Oumar Kaloga

Im Klimazug nach Durban

Die Zivilgesellschaft mobilisiert in Südafrika über Glaubensgrenzen hinweg



Im Vorfeld des Klimagipfels von Durban setzt sich die südafrikanische Zivilgesellschaft auf unterschiedlichste Weise für einen Erfolg ein. Besonderes Engagement geht gerade auch von religiösen Glaubensgemeinschaften aus. So trafen sich im Juni 2011 in Kenia etwa 130 hochrangige Vertreter verschiedener Glaubensgemeinschaften (Muslime, Christen, Hindus, Buddhisten, Brahma Kumari, Bahá'í) aus 30 afrikanischen Ländern und erarbeiteten eine konfessionsübergreifende Deklaration. Darin heißt es unter anderem, wenn diese Generation zum Wohle zukünftiger Generationen nicht ein stabiles Klima sichere, würden wir von ihnen und der Geschichte dafür verantwortlich gemacht. Versagen zu diesem kritischen Thema sei nicht erlaubt, jeder verlorene Moment erhöhe die unumkehrbare Bedrohung für das Leben auf der Erde.

Unter anderem aus diesem gemeinsamen Appell entwickelte sich die Kampagne „We have faith – act now for climate justice“ („Wir glauben [daran] – handelt jetzt für Klimagerechtigkeit“) in Südafrika. Die Kampagne fordert, dass sich die Entscheidungsträger in Durban zu einer fairen, ambitionierten und rechtlich verbindlichen Vereinbarung und einer zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls verpflichten, klare und ambitionierte kurz- und langfristige Ziele der Emissionsminderung setzen sowie eine angemessene Finanzierung zur Anpassung an den Klimawandel in Afrika zusätzlich zur existierenden Entwicklungshilfe sichern.

Ein „Klimazug“ ist am 4. November auf seine Reise durch Südafrika gestartet und ist bis zum Beginn des Klimagipfels unterwegs. Die Kam-

pagne wird zudem mit einer von Jugendlichen organisierten „Klimakarawane“ unterstützt. Bei Konzerten in verschiedenen Hauptstädten wie Nairobi, Dar es Salaam, Lusaka und Soweto weisen die Jugendlichen auf den Klimawandel hin und mobilisieren öffentlich für Aktivitäten zum Klimagipfel in Durban. Schließlich soll am 3. Dezember anlässlich des „Globalen Aktionstages“ den Verhandlern im Konferenzzentrum in Durban eindrücklich aufgezeigt werden, wie dringlich es ist, die Ambition und Verbindlichkeit des klimapolitischen Handelns massiv zu erhöhen.

Sven Harmeling

Weitere Infos zum Climate Train finden Sie unter: www.climatetrain.org.za

BILDUNGSARBEIT

Klimaschutz-Aktionsheft

Das **Klimaschutz-Aktionsheft** von Germanwatch ist ein Wegweiser zu unterschiedlichsten Bildungsmaterialien rund um das Thema Klimagerechtigkeit. Die dritte, gegenüber 2008 vollständig aktualisierte Auflage erscheint nun mit Unterstützung des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ). Neben Materialien-Beschreibungen enthält sie zwei Simulationsspiele zu den Klimaverhandlungen sowie zu regionalen Konzepten der Klimaversicherung.

Weitere Infos: www.germanwatch.org/klima/k-aktion

Das Auge des Sturms

ipcc

Sonderbericht des Weltklimarats zu Extremereignissen veröffentlicht



Der Weltklimarat IPCC hat Mitte November den Sonderbericht zu Klimawandel und Extremereignissen (Special Report on Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaptation, kurz SREX) herausgegeben. Vorgegangen ist ein dreijähriger Prozess, in dem wissenschaftliche Veröffentlichungen zusammengetragen und analysiert wurden. Der Bericht kommt zur richtigen Zeit. 2010 als das wärmste Jahr seit Beginn der Temperaturobservationen ist mit seinen Überschwemmungen in Pakistan und Australien, weltweiten Dürren etwa in Russland, in Brasilien oder am Horn von Afrika, noch in unmittelbarer Erinnerung. Wetterextreme in 2011, etwa die Überschwemmungen in Thailand, verstärken die Frage: Wohin steuern wir angesichts der Klimakrise?

Projektion in die Zukunft: Klimawandel wandelt Extremereignisse

Der Bericht zeigt: Klimawandel wird Naturgefahren vergrößern. So schätzen die Autoren eine

weitere Zunahme von Hitzetagen bis zum Ende des Jahrhunderts als praktisch unvermeidlich ein. Auch eine Erhöhung des Anteils der Starkregen-Ereignisse am gesamten Niederschlag ist mit hoher Wahrscheinlichkeit zu befürchten. Es gibt zwar einzelne Anzeichen, dass durch den Klimawandel weniger tropische Wirbelstürme auftreten werden, allerdings steigt die durchschnittliche Windgeschwindigkeit und damit das Schadenspotenzial an. Eine Zunahme von Dürren in einigen Regionen – Mittel- und Südeuropa, südliches Nordamerika, nördliches Brasilien sowie südliches Afrika – kann schon jetzt mit höherer Wahrscheinlichkeit vorhergesagt werden.

Insgesamt sind die Bewertungen des Berichts jedoch sehr vorsichtig gehalten und geben in keiner Weise das gesamte Risikobild einer Welt im Klimawandel wieder. Neben generellen Schwierigkeiten, Extremereignisse in Klimamodellen abzubilden, rührt eine Unsicherheit in der Aussage aus der Unkenntnis der zukünftigen Emissionen. Die im Bericht gewählten Szenarien wurden in den letzten Jahren zunehmend von der Realität widerlegt, weltweit wird heute mehr

CO₂ emittiert als im schlimmsten Szenario beschrieben. Auch konnte der Bericht keine bestimmten Aussagen zu Ereignissen mit geringer Eintrittswahrscheinlichkeit aber großen Konsequenzen machen. Diese möglichen, großflächigen Kipp-Elemente des Klimasystems, wie z. B. ein Ausbleiben des Monsuns, sind aber wiederum relevant für ein wirkliches Risikomanagement, insbesondere wenn durch die Begrenzung zukünftiger Emissionen das Unbewältigbare vermieden werden soll.

Insgesamt ist eine Schwäche des Berichts, dass er nicht darstellt, wie viel Risikozuwachs sich durch besseren Klimaschutz „vermeiden“ lassen würde (in der um 2 °C gegenüber der um 4 °C oder 5 °C erwärmten Welt). Gerade dies wäre jedoch notwendig, um langfristig am Gemeinwohl orientierte Politikentscheidungen zu ermöglichen.

Menschliche Verletzbarkeit, Prävention und Anpassung

Die meisten Opfer und die höchsten Schäden im Vergleich zur Größe der Volkswirtschaft gibt es in Entwicklungsländern. Dieses ist in erster Linie ein Ergebnis höherer Verletzbarkeit und auch Exposition, etwa durch die Besiedlung besonders gefährdeter Überschwemmungsflächen. Auch bei einem wahrscheinlichen Anstieg der Naturgefahren in der Zukunft, wird laut Bericht die Reduzierung der Verletzbarkeit und Vorsorge den wichtigsten Baustein auf lokaler Ebene darstellen. Dabei stellt der Bericht aber auch heraus, dass teilweise transformative Veränderungsprozesse in Gesellschaften erfolgen müssen, um eine ausreichende Anpassung zu gewährleisten.

Eine angemessene politische Reaktion beim Klimagipfel in Durban wäre, nicht nur die Ver-

KREATIV WERDEN

Posterwettbewerb Klimagerechtigkeit

Ein **Posterwettbewerb zum Thema Klimagerechtigkeit** lädt ein, sich innovativ und kreativ mit diesem Themenkomplex auseinanderzusetzen. Neben einer Siegesprämie werden die Gewinner-Poster anschließend Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt und auch auf der Germanwatch-Website verfügbar sein.

Weitere Infos unter: www.germanwatch.org/zeitung/2011-4-poster

bindlichkeit und Ambition im Klimaschutz deutlich zu erhöhen, sondern auch im Rahmen der Anpassungsverhandlungen das Arbeitsprogramm zu Schäden und Verlusten durch den Klimawandel mit dem Ziel einer umfassenden politischen Antwort zu konkretisieren.

Sönke Kreft

Der SREX ist zugänglich unter www.ipcc.ch

Bewusstsein zu schaffen bleibt die globale Herausforderung

Interview mit Tasneem Essop aus Südafrika, Leiterin des Klimaverhandlungsteams des WWF International beim Klimagipfel 2011

Der Klimagipfel dieses Jahr in Südafrika ist vielleicht entscheidend für die Zukunft des Kyoto-Protokolls. Wie fühlen Sie sich?

Wir sind erfreut und nervös zugleich aufgrund dieser Herausforderung. Beim WWF Südafrika haben wir in der Vorbereitung auf den Klimagipfel zwar die politischen Realitäten einbezogen, aber gleichzeitig in den Vordergrund gestellt, dass mehr Ambition und eine höhere Umweltintegrität notwendig sind.

Was würde nach Ihrer Einschätzung ein Erfolg in Durban bedeuten, was ein Scheitern?

Es gibt ein großes Risiko, dass die Verhandlungsparteien sich bei zentralen Themen nicht einigen werden, wie z. B. den rechtlichen Fragen. Hierzu gehört eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls. Der WWF vertritt zudem die Position, dass wir ein Mandat für die Aushandlung eines rechtlich verbindlichen Abkommens auf Ebene der Konvention für alle Länder brauchen. Dieser Verhandlungsprozess sollte bis spätestens 2015 in ein solches Abkommen münden.

Doch es besteht auch die Gefahr eines Kollapses des gesamten Verhandlungsprozesses. Wir benötigen ein ausgewogenes Paket. Dazu gehören auch Fortschritte bei der langfristigen Klimafinanzierung für Entwicklungsländer, z. B. den Green Climate Fund zu operationalisieren. Es müssen innovative Finanzquellen identifiziert werden, die die von den Industrieländern versprochene Finanzierung wirklich liefern,

insbesondere Abgaben auf den internationalen Schiffs- und Flugverkehr sowie die Finanztransaktionssteuer. Zudem muss ein System ausgearbeitet werden, das Transparenz bei Klimaschutzmaßnahmen sichert. Nicht zuletzt brauchen wir auch ein starkes Anpassungspaket. Leider sind



neue und ambitioniertere Klimaschutz-Versprechen nicht zu erwarten. Aber wir können die Umweltintegrität durch bessere Anrechnungsregeln und das Schließen von Schlupflöchern erhöhen. Zudem sind eine Vereinbarung, dass nach dem Jahr 2015 die weltweiten Emissionen nicht mehr steigen dürfen, und ein globales Reduktionsziel von mindestens 80 Prozent bis 2050 gegenüber dem Stand von 1990

wichtige Ziele für den Klimagipfel. Vereinbarungen zu all diesen Themen wären ein großer, wenn auch nicht ausreichender Fortschritt.

Der Klimagipfel in Südafrika wird auch als afrikanischer Klimagipfel gesehen. Wie nehmen die Menschen in Südafrika den Gipfel wahr?

Wir als WWF haben versucht darauf hinzuwirken, dass die Idee eines afrikanischen Klimagipfels Realität wird. Hier sind viele Menschen in die Vorbereitung des Klimagipfels involviert, doch die Mehrheit benötigt weitere Bewusstseinsbildung. Aber es gibt viele innovative Aktivitäten vor Ort. Es bleibt eine globale Herausforderung, Bewusstsein zu schaffen und zu erklären, warum Handeln gegen den Klimawandel und dieser politische Prozess so wichtig sind.

Die südafrikanische Regierung hat kürzlich eine nationale Klimastrategie verabschiedet und wird in Durban die „South African Renewables Initiative (SARI)“ vorstellen. Kann Südafrika damit einen transformativen Wandel zu einer emissionsarmen Entwicklung einleiten?

Der WWF ist erfreut, dass die nationale Klimastrategie noch vor Durban vereinbart wurde. Wir unterstützen insbesondere den Kohlenstoff-Budget-Ansatz, bei dem das langfristige Klimaziel auf sektorale CO₂-Budgets herunter gebrochen wird. Aber die Umsetzung wird auch eine große Herausforderung. Der WWF Südafrika hat auch die Suche der Regierung nach Möglichkeiten zum Ausbau der Erneuerbaren Energien unterstützt. SARIs Fokus auf innovative Finanzierungsansätze und den Nutzen für die eigene Wirtschaft sind gute Beispiele, wie ein solcher Wandlungsprozess zu einer emissions-

armen Wirtschaft gut für die Entwicklung und Arbeitsplätze sein kann.

Deutschland steigt aus der Kernenergie aus, bei gleichzeitig hohen Klimazielen. Wie wird dies in Südafrika wahrgenommen?

Die Position, die Deutschland jetzt aufgrund des großen öffentlichen Drucks eingenommen hat, hilft den Nichtregierungsorganisationen in Südafrika, sowohl hinsichtlich ihrer Kampagne gegen Kernenergie als auch bei den Forderungen nach mehr Investitionen in Erneuerbare Energien. Internationaler Druck solcher Art hilft uns sehr dabei, lokal Druck aufzubauen.

Interview: Sven Harmeling

Das ungekürzte Interview auf Englisch finden Sie unter: www.germanwatch.org/zeitung/2011-4

Deutschland zeigt in der internationalen Klimafinanzierung neue Wege auf

Spätestens seit der Klimakonferenz in Cancún 2010 ist die Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen sowie für den Regenwaldschutz in Entwicklungs- und Schwellenländern (sog. internationale Klimafinanzierung) das zentrale Instrument für internationale Klimapolitik und zugleich ein wichtiges Vertrauen bildendes Element. Ohne sie wird es weder die notwendigen Vorreiterkoalitionen noch letztlich ein Klimaabkommen mit wirklich ambitionierten Reduktionszielen geben. Um einen ungebremsten Klimawandel zu verhindern, müssen jetzt die Weichen hin zu einem globalen kohlenstoffarmen Energie- und anpassungsfähigen Wirtschaftssystem gestellt werden. Deshalb ist es dringend erforderlich, massiv in Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungs- und Schwellenländern zu investieren.

Die Messlatte liegt hoch: In den „Cancún Agreements“ erneuerten und formalisierten die Industrieländer ihre Zusage, von 2010 bis 2012 als Schnellstartfinanzierung gemeinsam 30 Mrd. US\$ für die Klimafinanzierung bereitzustellen. Zusätzlich stellten sie in Aussicht, bis 2020 die Finanzierung auf jährlich 100 Mrd. US\$ zu steigern. Wichtig ist, dass es zwischen 2012 und 2020 nun tatsächlich zu einem entsprechenden Aufwuchsplan der Finanzzusagen kommt. Die Schnellstartfinanzierung gilt als erster Prüfstein für die Umsetzung des 100-Mrd.-US\$-Versprechens. Auch in Deutschland, einem der wichtigsten Geber, lief sie bisher eher enttäuschend an: Aufgrund der „Doppelzählung“ alter Zusagen gab es kaum zusätzliche Mittel – lediglich 15 Prozent sind wirklich „frisches Geld“.

In mancher Hinsicht aber wurde die Bedeutung der Klimafinanzierung von Parlament und Regierung erkannt. So stellt Deutschland 2011 rund 1,2 Mrd. € an internationaler Klimafi-

nanzierung zur Verfügung. Positiv daran: Der deutsche Beitrag bewegt sich auf relativ hohem Niveau. Negativ hingegen: Erforderlich wäre mindestens das Fünffache.

Außerdem zeigt Deutschland neue Wege auf. Die Einrichtung des Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ (EKF) zur Finanzierung nationaler und internationaler Klimaschutzmaßnahmen ist – trotz mancher Kritik im Detail – vom Grundsatz her positiv zu sehen. Mit dem EKF wurde eine parallele Haushaltsstruktur geschaffen, die eine – im Haushaltsrecht ansonsten nicht vorgesehene – „Zweckbindung“ von Einnahmen und Ausgaben erlaubt. Ab 2012 fließen in Deutschland alle Erlöse aus der Versteigerung der Emissionszertifikate des Europäischen Emissionshandels in diese neue Struktur. Ab 2013 erwartet die Bundesregierung Einnahmen von mehr als 3 Mrd. € pro Jahr, etwa 15 Prozent davon sind für den internationalen Bereich vorgesehen.

Besonders daran ist die Anwendung des Verursacherprinzips. Die Bundesregierung versteigert „Verschmutzungsrechte“ – erlaubt also Unternehmen, CO₂ zu emittieren – und verwendet dieses Geld zur Klimafinanzierung. Dadurch wird der öffentliche Haushalt nicht belastet. Ein solches „sich selbst finanzierendes Klimaschutzsystem“ ist allerdings nur stabil, wenn die Menge der Zertifikate so verknappt wird, dass die Preise stabil bleiben. Auch dies spricht dafür, dass die EU endlich ihr Reduktionsziel von 20 auf 30 Prozent verschärft. Das System lässt sich erweitern, z. B. durch Einnahmen aus der Flugticket-Abgabe. Zweckbindung nach dem Verursacherprinzip ist sehr innovativ und sollte auch in der Europäischen Union Schule machen.

Anja Esch, Linde Griebhaber

AKTION

UNGEDÄMMTE WOHNUNGEN SIND
FREIHEIT HEIZBERAUBUNG

FreiHEIZberaubung – gute Politik muss jetzt handeln!

Manche sehen es als Freiheitsberaubung, wenn der Staat Glühbirnen verbietet und andere Vorgaben für die Energieeffizienz von elektrischen Geräten oder die Wärmedämmung von Gebäuden macht. Dabei ist gerade Letzteres eine klimapolitisch zentrale Baustelle. Fast 40 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland entfällt auf den Gebäudesektor. Schlecht gedämmte Gebäude setzen unnötig Emissionen frei. Energetisch nicht sanierte Wohnungen „stehlen“ so 80 Prozent der Heizenergie!

Die Konsequenzen des dadurch beschleunigten Klimawandels treffen vor allem die Ärmsten in der Welt. Wer fragt nach ihrer Freiheit, wenn sie durch steigende Meeresspiegel oder zunehmende Dürren ihre Heimat verlieren? Der Klimawandel selbst verursacht eine weitaus größere Freiheitsberaubung!

Die von der Klima-Allianz initiierte Kampagne „Ungedämmte Wohnungen sind FreiHEIZberaubung“ setzt hier ein Zeichen und fordert zum Handeln auf, weil die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, um die notwendigen Energieeinspar- und Klimaschutzziele zu erreichen. Auf der Website der Kampagne finden Sie Informationen und Materialien, einen Heizkosten-Sparrechner, um Ihr eigenes Sparpotenzial zu ermitteln, sowie ein E-Mail-Formular, mit dem Sie sich direkt an Ihre Politiker wenden können.

Heizen Sie den Parlamentariern im Bauausschuss ein, damit sie sich im Bundestag für eine klimafreundlichere Wohnungsbaupolitik stark machen, auch zum Schutz der besonders durch den Klimawandel Betroffenen!

Germanwatch ist Mitglied der Klima-Allianz und unterstützt die Kampagne.

Zur Kampagnen-Website:

www.freiheizberaubung.de

Foto: www.freiheizberaubung.de

Termine

■ **Berlin, 27.-29.11.11:** Seminar „Chancen in Wachstumsmärkten gemeinsam nutzen – Verzahnung von Außenwirtschaft und Entwicklungsländern“, u. a. mit Klaus Milke. Weitere Infos: tinyurl.com/iswa-27-291111

■ **Bielefeld, 30.11.11, ab 19h:** Info- und Diskussionsabend „Essen wir die Erde auf?“ zu den globalen Folgen unseres Fleischkonsums mit Marco Klemm. Welthaus Bielefeld, August-Bebel-Straße 62. Weitere Infos: www.welthaus.de/termine

■ **Bonn, 02.12.11, 11.30h:** Workshop in der Reihe „Mobilität und Kultur“ mit Stefan Rostock auf dem Bonn Symposium 2011. Weitere Infos: www.bonn-symposium.de

■ **Köln, 10.12.11:** Vortrag zum Tag der Menschenrechte zur Ausstellung „Allee der Entwicklungsziele“ des „Eine Welt Netz NRW“ von Stefan Rostock. Weitere Infos: www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/143/

■ **Berlin, 15.-16.12.11:** Internationale CSR-Konferenz „CSR – Gesellschaftliche Verantwortung im internationalen Dialog“, u. a. mit Klaus Milke. Weitere Infos: www.csr-konferenz.bmas.de

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org, E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 205 00). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Klaus Milke, Gerold Kier. Stand: November 2011. Layout: Dietmar Putschker, Köln. Auflage 105.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



Abos und neue Germanwatch-Publikationen

Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/zeitung

Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Auswertungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/kliko

Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/zeitung

Rechenschaftsbericht Germanwatch 2010-2011. Kostenlos. www.germanwatch.org/gwselbst/rechb11

Hintergrundpapier: Klimawandel und Gesundheit. Fakten, Folgen, Forderungen – Für Industrie- und Entwicklungsländer. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/gesundh11

Poster: Herausforderung Globaler Klimawandel. 8 Euro Versandkostenpauschale. www.germanwatch.org/klima/poster11

Broschüre: Globaler Klimawandel: Ursachen, Folgen, Handlungsmöglichkeiten. Dritte überarbeitete Ausgabe 2011. 8 Euro. www.germanwatch.org/klima/gkw11

Handbuch: Aktiv – Kreativ – Demonstrativ. Handbuch der Ideen und Tipps für politische Straßenaktionen. 5 Euro. www.germanwatch.org/corp/it-aktion

Diskussionspapier: Ein Rahmen für effektive Waldklimaschutzvorhaben. Eine kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit der deutschen REDDplus-Finanzierung. 8 Euro. www.germanwatch.org/klima/redd11teff

Diskussionspapier: Konsequenzen aus der Lernphase der Schnellstartfinanzierung. Wie Deutschland die Klimafinanzierung entscheidend voranbringen könnte. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/ssf11-06

Hintergrundpapier: Transparenz in der internationalen Klimafinanzierung. Stand der Diskussion und Anforderungen an einen MRV-Mechanismus. 8 Euro. www.germanwatch.org/klima/klifi10-05

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

www.germanwatch.org/pub

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

EU-Krise als Chance für den Umbau zu einer grünen Gesellschaft

Zukunftsperspektive durch eine grüne Investitionsstrategie

Auch in Deutschland spricht sich inzwischen herum, was in vielen anderen EU-Staaten seit Monaten die Spatzen von den Dächern pfeifen: Die gegenwärtige Finanz- und Verschuldungskrise stellt das Europäische Einigungsprojekt – Garant für Frieden und den Aufbau des existierenden Wohlstandmodells – ebenso wie die Handlungsfähigkeit der EU vor die größte Herausforderung seit ihrer Gründung. Dabei geht es nicht nur um die Lösung der EU- und Eurokrise, sondern gleichzeitig auch darum, den globalen Klima- und Ernährungs- sowie Energie- und Rohstoffkrisen entgegenzusteuern. Diese Verknüpfung bedeutet, das Friedensprojekt Europa angesichts der heutigen Herausforderungen zu erneuern.

Die EU sollte den notwendigen Sparkurs mit einer zumindest ebenso notwendigen zukunftsweisenden Perspektive für die EU und die betroffenen Staaten verknüpfen. Eine Investitionsstrategie in Richtung einer Niedrig-Emissions-Gesellschaft in Deutschland und anderen EU-Ländern könnte Kernstück einer solchen Strategie sein. Es geht darum, ungeänderte Häuser zu sanieren, die Stromnetze und -speicher für ein Energiemodell jenseits der Risikotechnologien Kohle und Kernkraft zu etablieren oder die Wälder in Südeuropa wieder aufzuforsten. Eine solche Strategie könnte nicht nur Arbeitslosigkeit abbauen und die Grundlage für das Erreichen ambitionierter klimapolitischer Ziele legen. Wichtig ist, mehr private Geldströme in Investitionen der Realwirtschaft statt in spekulative Anlagen zu lenken. Dies kann die Steuereinnahmen stabilisieren, die Gefahr weiterer Finanzkrisen wirksam reduzieren und diese, wenn sie trotzdem auftreten, erfolgreich abpuffern. Ein solcher Investitionsschub macht es für die Finanzmärkte

glaubhaft, dass staatliche Budgetdefizite nur auf Rezessionsjahre beschränkt und in Boomjahren kompensiert werden.

Für Deutschland bietet die oben genannte grüne Investitionsstrategie die Chance, vom einseitig exportgetriebenen Wohlstandsmodell wegzukommen. Der deutsche Exportüberschuss ist einer der Ursachen für die Ungleichgewichte der EU und die starke Verschuldung in anderen EU-Staaten. Es ist an der Zeit, den Wohlstand weniger stark auf Exporten, sondern auch verstärkt auf die Säule jener Investitionen zu stellen, die wir für eine zukunftsfähige Gesellschaft gebrauchen.

So könnte auch ein ökologischer Marshallplan für Griechenland gemeinsam mit einer geregelten Entschuldung und dem notwendigen Sparkurs in dem Land die harten Einschnitte mit einer wirklichen Zukunftsperspektive verknüpfen. Ganz ähnlich, wie das „Wirtschaftswunder“ und die demokratische Entwicklung in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg wesentliche Impulse durch eine europäische Perspektive, den Marshallplan und eine Streichung eines großen Teils der Auslandsschulden im Londoner Schuldenabkommen (1953) erhielt. Die bisherige alleinige Fokussierung nur auf einen Sparkurs lässt die Steuereinnahmen einbrechen und verschärft deshalb das Verschuldungsproblem. Zudem treibt der Kurs einen Keil der Frustration und der Empörung über andere Länder in die EU.

Es ist eine Aufgabe der Zivilgesellschaft, sich für eine Politik einzusetzen, bei der es um mehr geht als den nächsten Wahlerfolg: Es geht um die Zukunft der EU, ein neues Wohlstandsmodell sowie globale Gerechtigkeit und

den Erhalt der Lebensgrundlagen. Und es geht um eine EU, die in der Lage und Willens ist, diese Themen zuhause und international voranzutreiben.

Christoph Bals

Ein ausführliches Diskussionspapier finden Sie unter:

www.germanwatch.org/kliko/ks50

Ja, ich unterstütze Germanwatch

Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von _____ € per Lastschrift.

Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle
 monatlich halbjährlich jährlich
 den Betrag von _____ € (Mindestbeitrag: 5 € monatl. / 30 € halbjährl. / 60 € jährl.)

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Konto-Nr.

Geldinstitut

BLZ

Datum/ Unterschrift

Name

Vorname

Straße / Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bitte einsenden an: Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin

Sie können auch per Überweisung spenden (Bankverbindung siehe Impressum).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.

Energiewende wohin?

Ein Experiment und seine internationale Strahlkraft

Mit Spannung und Neugierde, zum guten Teil auch mit Skepsis, schauen weltweit Experten auf die deutsche Energiewende. Da will eine Industrienation, deren Wohlstand auf Kohle- und Kernkraftstrom gewachsen ist, aus der Atomkraft aussteigen und zugleich bis 2050 ihre Emissionen um 80 bis 95 Prozent verringern. Die Zweifel an einem Gelingen des ambitionierten Projektes sind groß:

- Gewährleistet der schwankende Wind- und Solarstrom eine sichere Energieversorgung?
- Wandert die deutsche Industrie wegen steigender Strompreise in andere Regionen Europas oder der Welt ab?
- Lassen sich trotz des zügigen Atomausstiegs die Klimaziele erreichen?

Das belegt auch eine Befragung des Weltenergiesrates, eines Energieträger übergreifenden Netzwerkes der Energiewirtschaft, unter seinen Experten aus 21 Ländern. Keiner der Befragten erwartet, dass Deutschland sämtliche Ziele der Energiewende in der anvisierten Frist erreichen kann. Allerdings halten 62 Prozent der Befragten einzelne Bausteine für nachahmenswert.

Gemischt war auch der Tenor, als Germanwatch Mitte des Jahres gemeinsam mit Klaus Töpfer und Delegationsleitern der UN-Klimaverhandlungen die Energiewende diskutierte: „Wir beobachten das mit großem Interesse“; „Wenn sie gelingt, hilft es uns sehr – aber nur, wenn sie gelingt“; „Niedrige Emissionen, viele Jobs, eine florierende Industrie – daran messen wir den Erfolg der Energiewende – und ob wir uns daran orientieren“.

Mit der Energiewende ist Deutschlands Einfluss auf die internationale Energie- und Klimapolitik größer als je zuvor. Setzt Deutschland die Energiewende in den Sand, blockiert

es den internationalen Umbau. Gelingt sie aber, wird diese zur dynamisierenden Kraft weltweit.

Die bisherige Bilanz ist gemischt. Der Ausbau von Energieeffizienz kommt zu langsam, der von Erneuerbaren Energien hingegen zügig voran. Der Ausbau von Speichern und Stromnetzen droht zum Flaschenhals zu werden. Regionen, die den Umbau befördern, blühen auf. Manche Unternehmen wiederum klagen über gestiegene Strompreise. Germanwatch verfolgt die Fortschritte der deutschen Energiewende kritisch und setzt sich auf verschiedenen Ebenen für einen Erfolg des Projektes ein.

Christoph Bals

ANKÜNDIGUNG

Neuer Klimaschutz-Index und neuer Klima-Risiko-Index!

Während der Weltklimakonferenz in Durban präsentiert Germanwatch die neue Ausgabe des Klimaschutz-Index. Die unter Federführung von Jan Burck erstellte siebte Auflage des Index vergleicht die Emissionsentwicklung und Klimapolitik der 58 Staaten, die weltweit für über 90 Prozent der energiebedingten CO₂-Emissionen verantwortlich sind. Der Klimaschutz-Index verdeutlicht auf einen Blick, welche Staaten beim Klimaschutz ihre Hausaufgaben besonders vernachlässigt haben.

Des Weiteren stellt Germanwatch in Durban die neue Ausgabe des Klima-Risiko-Index vor. Hier analysiert Sven Harmeling auf der Basis der Daten des Rückversicherers Munich Re die Betroffenheit von nahezu allen Ländern der Welt durch Extremwetterereignisse und stellt sie in einer Rangliste dar.

Die aktuellen Indices finden Sie ab dem 5. Dezember unter:

Klimaschutz-Index:
www.germanwatch.org/ksi

Klima-Risiko-Index:
www.germanwatch.org/kri